

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000033/2014  
an die Kommission**

Artikel 115 der Geschäftsordnung

**Paul Murphy, Martina Anderson, Cornelis de Jong, Kyriacos Triantaphyllides, Patrick Le Hyaric, Willy Meyer, Sabine Wils, Mikael Gustafsson**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

**Nicole Kiil-Nielsen**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Emer Costello, Sirpa Pietikäinen, Ivo Vajgl**

**Betrifft:** Verwicklung von Unternehmen in den illegalen israelischen Siedlungsbau

Einige europäische Privatunternehmen tragen zu Menschenrechtsverletzungen in Verbindung mit illegalen israelischen Siedlungen bei, indem sie beispielsweise Ausrüstung für den Abriss von Häusern zur Verfügung stellen und am Bau und Betrieb von Infrastruktur für illegale israelische Siedlungen beteiligt sind.

Im März 2013 nahm der VN-Menschenrechtsrat den Bericht der unabhängigen Kommission zur Untersuchung illegaler israelischer Siedlungen an. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass Unternehmen den Bau und die Ausweitung von Siedlungen ermöglicht und erleichtert sowie davon profitiert haben und fordert daher die Regierungen mit Nachdruck auf, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass Unternehmen zu Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit illegalen israelischen Siedlungen beitragen.

In den Leitprinzipien der UN für Wirtschaft und Menschenrechte werden die Staaten nachdrücklich aufgefordert, Informationen zur Verfügung zu stellen, um Unternehmen dabei zu helfen zu vermeiden, dass sie zu durch Konflikte bedingten Menschenrechtsverletzungen beitragen, und Unternehmen angemessene Unterstützung dabei zu gewähren, die erhöhten Verletzungsrisiken in von Konflikten betroffenen Gebieten abzuschätzen und ihnen zu begegnen.

Im Bericht der EU-Missionsleiter über Ostjerusalem von 2012 wurden die EU und die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufgefordert, vom Gebiet der EU ausgehende Finanztransaktionen, einschließlich ausländischer Direktinvestitionen, zur Unterstützung von Siedlungstätigkeiten, -infrastruktur und -dienstleistungen vorzubeugen, von der Durchführung solcher Transaktionen abzuschrecken und das Bewusstsein für ihre problematischen Auswirkungen zu schärfen.

Der EAD hat festgestellt, dass die EU der Überzeugung ist, dass die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte weltweit angewandt werden müssen, und fordert die europäischen Unternehmen auf, die Leitprinzipien in allen Situationen, auch in Israel und dem besetzten palästinensischen Gebiet, anzuwenden<sup>1</sup>.

1. Zu welcher Beurteilung der Menschenrechtssituation ist die Kommission/der EAD in Bezug auf die Rolle europäischer Unternehmen gekommen, die in Verbindung mit illegalen israelischen Siedlungen tätig sind?
2. Welche Schritte wird die Kommission unternehmen, um sicherzustellen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Leitprinzipien in Bezug auf illegale israelische Siedlungen umsetzen, und um europäische Unternehmen davon abzuschrecken, zu Menschenrechtsverletzungen in Verbindung mit illegalen israelischen Siedlungen beizutragen?

Eingang: 6.2.2014

Weiterleitung: 10.2.2014

---

1

[http://eeas.europa.eu/delegations/un\\_geneva/documents/eu\\_statments/human\\_right/20130611\\_id\\_sr\\_opt.pdf](http://eeas.europa.eu/delegations/un_geneva/documents/eu_statments/human_right/20130611_id_sr_opt.pdf)

Fristablauf: 17.2.2014